

Nr. 3 | Mai 2019
ISSN 1661-4801

ecopolitics

politfocus bildungspolitik



Inhalt

Focusgeschäfte	3
❶ BFI-Botschaft 2021-2024 in den Startlöchern	3
❷ Ranking für Gymnasien?.....	5
Bundesrat und Bundesverwaltung	6
Berufsbildung	6
Non-formale und informelle Bildung	6
Forschung Innovation	7
Internationale Bildungspolitik.....	9
Querschnitt	10
Parlament	11
Vorschau Sommersession (03.–21.06.2019).....	11
In beiden Räten.....	11
Nationalrat	12
Ständerat.....	14
Interkantonale Gremien Verbände	18
Obligatorische Schule.....	18
Non-formale und informelle Bildung	18
Forschung Innovation	19
Internationale Bildungspolitik.....	20
Impressum	21

Focusgeschäfte

① BFI-Botschaft 2021-2024 in den Startlöchern

Mo. WBK-NR. Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (19.3418)

- ① Der Bundesrat soll mit der Kommissionsmotion beauftragt werden, in seiner nächsten BFI-Botschaft Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (z. B. Stipendien, Weiterbildung, Grundkompetenzen, höhere Berufsbildung, Sprachförderung) vorzusehen. Eine Minderheit beantragt, die Motion abzulehnen.
- II Die Antwort des Bundesrates lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor.
- » Der Nationalrat behandelt die Motion am 20. Juni 2019.

Spitzentreffen zur BFI-Botschaft 2021-2024

- ① Am 1. April 2019 hat Bundesrat Guy Parmelin, Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), zu einem Spitzentreffen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) eingeladen. Beim Spitzentreffen wurde über die inhaltlichen Ziele der BFI-Botschaft in den Jahren 2021-2024 diskutiert. Mit dieser Botschaft beantragt der Bundesrat Mittel für die Beteiligung des Bundes an den Berufsbildungskosten sowie für Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung und Weiterbildung, der Hochschulen und von Forschung und Innovation. Einen Schwerpunkt soll dabei die digitale Transformation als Herausforderung und Chance bilden. Wichtiges Ziel im Bereich Forschung und Innovation stellt die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft dar. Die Fördermassnahmen des Bundes sollen auch in der nächsten Periode Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Forschung und wissenschaftsbasierte Innovation auf höchstem Niveau ermöglichen. Im Juni 2019 wird der Bundesrat voraussichtlich die finanziellen Eckwerte für den Aufgabenbereich Bildung und Forschung bestimmen. Die Botschaft und Finanzbeschlüsse wird der Bundesrat dem Parlament im ersten Quartal 2020 unterbreiten.

ⓘ Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), Kommunikation, T 058 462 20 07

📄 [Vollständige Meldung](#)

Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen 2019

- ① Die «Schweizer Roadmap Forschungsinfrastrukturen 2019» des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) wurde vom Bundesrat am 17. April 2019 zur Kenntnis genommen. Das SBFI hat den gesetzlichen Auftrag, regelmässig einen Bericht zum Stand und zur Entwicklung von Forschungsinfrastrukturen von nationaler Bedeutung zuhanden des Bundesrats zu erarbeiten. Der Zugang zu ausgezeichneten Forschungsinfrastrukturen ist für Forschende, Hochschulen und innovative Unternehmen essentiell, da diese in vielen Fachgebieten eine zentrale Voraussetzung für die Lösung grundlegender Fragen bilden. Da die Nachfrage nach solchen Forschungsinfrastrukturen wächst, nimmt der mittel- und langfristige Finanzbedarf zu. Die Roadmap ist ein strategisches Planungsinstrument aus Sicht der Schweiz. Im Hinblick auf die BFI-Botschaft 2021-2024 wurde die bisherige Roadmap aus dem Jahr 2015 aktualisiert, sodass sie

den Umsetzungsstand bereits bestehender Infrastrukturen im In- und Ausland aufweist und einen Überblick über neu geplante Vorhaben gibt.

† Generalsekretariat des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung, Kommunikationsdienst, T 058 462 20 07

🔗 Vollständige Meldung

Reaktionen

✎ Swissuniversities hat in ihrer ersten strategischen Planung ihre Schwerpunkte für die BFI-Periode 2021-2024 formuliert. Die Hochschulen setzen in ihrer Planung einen starken gemeinsamen Akzent auf Massnahmen, mit welchen sie die Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels packen können. Diese Massnahmen betreffen die Digitalisierung in der Lehre und Forschung, aber auch die Organisation der Hochschulen an sich. Es werden auch Massnahmen zur Nachwuchsförderung und zur Personalpolitik an den Hochschulen gestartet oder weiterentwickelt. Vor diesem Hintergrund und aufgrund des prognostizierten Wachstums der Studierendenzahlen beantragt swissuniversities ein jährliches Wachstum der Grundbeiträge von rund 3 Prozent. Zur Erreichung der strategischen Ziele wollen die Hochschulen gemeinsame Projekte durchführen. swissuniversities beantragt dafür insgesamt CHF 125 Millionen in Form von projektgebundenen Beiträgen. Die Planung wurde dem Schweizerischen Hochschulrat als Beitrag für die BFI-Botschaft übergeben.

† Swissuniversities, Generalsekretariat, T 0 31 335 07 40

🔗 Vollständige Meldung

✎ Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) empfiehlt eine Kursänderung in der Forschungsförderung. Die «Empfehlungen für eine wirksame Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften» zeigen auf, wo und weshalb die Geistes- und Sozialwissenschaften stärker berücksichtigt werden sollten. Die Empfehlungen sollen einen Beitrag leisten zuhanden der Organe der schweizerischen Forschungsförderung und in die Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2021 bis 2024 einfließen. Rund fünfzig Entscheidungsträgerinnen und Experten aus dem Hochschulbereich haben an ihrer Ausarbeitung mitgewirkt.

† Dr. Markus Zürcher, SAGW, Generalsekretär, T 031 306 92 50

🔗 Vollständige Meldung

✎ Die Weiterbildung wird in der nächsten BFI-Förderperiode gestärkt werden. Dies resultiert aus dem BFI-Spitzenreffen vom 1. April 2019, zu dem Bundesrat Guy Parmelin eingeladen hat. Für den Schweizerischer Verband für Weiterbildung (SVEB) stimme die Stossrichtung. Die provisorisch vorgesehene Mittelerhöhung falle jedoch aus Sicht des Verbands noch zu moderat aus. Der SVEB werde sich im Verlauf der BFI-Debatte mit dem Bund und der anderen BFI-Stakeholder sowie im Parlament dafür einsetzen, dass der Ausbau nicht nur moderat, sondern substantiell ausfalle.

† Schweizerischer Verband für Weiterbildung (SVEB), T 0848 33 34 33

🔗 Vollständige Meldung

② Ranking für Gymnasien?

Mo. Nationalrat (Gmür-Schönenberger). Vorhandene Daten zum Studien-erfolg publizieren (16.3895)

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, die erhobenen Daten zum Studienverlauf von Maturandinnen und Maturanden an den Schweizer Hochschulen publizieren zu lassen.
- ⚡ Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession 2018, entgegen dem Antrag des Bundesrates, angenommen. Dieser war der Meinung, dass die Publikation von Daten zum Studienerfolg nach Gymnasium, Rückschlüsse auf einzelne Gymnasien zulasse. Dies würde gegen das Bundesstatistikgesetz verstossen.
- || Die Bildungskommission des Ständerates (WBK-SR) beantragt ihrem Rat die Motion abzulehnen, dies nachdem sie eine breite Anhörung durchgeführt hatte. Die Kommission bezweifelt, dass eine bundesseitige Veröffentlichung der Daten und die Erstellung eines entsprechenden Rankings tatsächlich einen Nutzen bringt. Ein solches Ranking würde nach Ansicht der Kommission der Komplexität der Thematik nicht gerecht und stattdessen die Gefahr schaffen, das Ranking als anklägerisches statt förderndes Wettbewerbsmodell zu etablieren.
- ⚡ Der Ständerat behandelt die Motion am 12. Juni 2019.

Reaktionen

- ⚡ In der Luzerner Zeitung vom 12. Mai 2019 kommt der Chefökonom des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse, Rudolf Minsch zu Wort. Für ihn sei die Passivität der Kantone symptomatisch. Einmal mehr zeige sich, dass die Kantone ihre Schulen nicht hinterfragen wollen, so Minsch. Auch fehle im Schweizer Bildungswesen oftmals der Mut, eine echte Qualitätsdiskussion zu führen. Für Minsch sei klar, dass es eine Offenlegung und eine nationale Debatte zur Qualität an den Gymnasien brauche.
- 📄 Vollständige Meldung
- ⚡ Die Aargauer Zeitung hat weiter auch bei der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) nachgefragt, weshalb nicht mehr Kantone die Zahlen anfordern, um ihre Mittelschulen zu verbessern. Silvia Steiner, Präsidentin der EDK, antwortet schriftlich, dass das Nichtanfordern der Statistik kein Ausdruck von Desinteresse der Kantone an der Qualität sei. Allerdings ist auch Steiner der Meinung, dass die Zahlen ohne Einbettung schwierig zu interpretieren seien, da verschiedene Faktoren mitspielen.
- 📄 Vollständige Meldung

Bundesrat und Bundesverwaltung

Berufsbildung

Auf dem Weg in die digitale Berufsbildung

- ① Der Bundesrat genehmigte am 17. April 2019 den Geschäftsbericht 2018 des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB). Wie daraus hervorgeht, war die Digitalisierung das grosse Thema des vergangenen Jahres. So unterstützte das EHB beispielsweise mit dem Programm trans:formation die Berufsfachschulen bei ihrer digitalen Transformation und baute einen neuen Bachelor-Studiengang mit Schwerpunkt Digitalisierung auf. Auch in den strategischen Arbeiten zur Positionierung als Pädagogische Hochschule erzielte das EHB gute Fortschritte. Ferner beteiligte sich das EHB an der Erarbeitung einer neuen gesetzlichen Grundlage. Gemäss Bericht schliesst das EHB die Jahresrechnung 2018 mit einem Überschuss von CHF 0,492 Millionen.

⌘ Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung, Kommunikationsdienst,
T 058 462 20 07

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Bundesrat stellt Weichen für die Weiterentwicklung der Zollverwaltung

- ① Das Parlament hatte im Herbst 2017 einen Verpflichtungskredit von knapp CHF 400 Millionen für das Transformationsprogramm DaziT gutgeheissen. Damit soll die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) insbesondere den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung begegnen. Um das Transformationsprogramm erfolgreich umzusetzen, muss sich auch die Organisation der EZV an die neuen Anforderungen orientieren. In seiner Sitzung vom 10. April 2019 hat der Bundesrat nun die Weichen gestellt und wichtige Grundsätze festgelegt. Im Zentrum der Neuausrichtung der EZV steht ein einheitliches Berufsbild. Dieses löst die bisherigen Berufe der Grenzwächterin und des Grenzwächters sowie der Zollfachfrau und des Zollfachmanns ab. Die Mitarbeitenden werden in einer neuen Einheit tätig sein, welche die bestehenden Grenzwachtregionen und Zollkreise ablösen wird. Durch diese Massnahmen sollen die Mitarbeitenden flexibler einsetzbar werden, was es der EZV ermöglicht, besser auf Lageveränderungen einzugehen. Im Rahmen des Transformationsprozesses wird auch der Name der EZV angepasst. Die neue Verwaltungseinheit heisst künftig Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG).

⌘ David Marquis, Eidgenössische Zollverwaltung EZV, Leiter Medienstelle,
T 058 462 67 43

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Non-formale und informelle Bildung

Leben und Arbeit 4.0: Diese Kompetenzen müssen wir haben!

- ① Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) befasst sich in ihrem neuen Bericht «Aufwachsen im digitalen Zeitalter» mit den Kompetenzen, welche Kinder und Jugendliche benötigen, um in einer digitalen Welt aufzuwachsen, sich auszubilden, zu arbeiten und daran teilzuhaben. Um diese Frage zu beantworten, beruft sich der Bericht auf Analysen von Fachpersonen aus der Wirtschaft, Bildung, Frühförderung und ausserschulischen Aktivitäten.

Analysen zu den Anforderungen der Arbeitswelt zeigen dabei, dass Kompetenzen, wie die Fähigkeit zur Problemlösung und Kommunikation sowie Kreativität und Empathie sehr gefragt sind. Auch wenn sie eine wichtige Rolle im Erwerb dieser Fähigkeiten spielt, kann die Schule diese Anforderung nicht alleine erfüllen. Aus diesem Grund muss das Potenzial der ausser-schulischen Kinder- und Jugendarbeit und der frühen Förderung ausgeschöpft werden. Zudem müssen Kinder und Jugendliche in die Diskussion rund um die Digitalisierung involviert werden. Wie deren Bedürfnisse und Perspektiven besser berücksichtigt werden können, zeigt die EKKJ mit ihren Forderungen auf.

⌚ Eidgenössische Kommission für Kinder und Jugendfragen (EKKJ), Sekretariat, T 058 462 92 26

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Die Volksinitiative für ein Tier- und Menschenversuchsverbot ist zustande gekommen

Forschung | Innovation

① Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt», die am 18. März 2019 eingereicht wurde, ist formell zustande gekommen. Gemäss Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei sind 123'640 der insgesamt 124'277 eingereichten Unterschriften gültig.

⌚ Bundeskanzlei, Kommunikation, T 058 462 37 91

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Statt Tierversuche: Fischzellentest international zertifiziert

① Seit Jahren erforscht die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag) Alternativen, um Fischversuche zu reduzieren oder sogar ersetzen zu können. Eine dieser Alternativen stellen die Versuche mit im Labor nachgezogenen Kiemenzellen der Regenbogenforelle dar, womit sich die Giftigkeit von Wasserproben und von vielen Chemikalien für Fische zuverlässig bestimmen lassen. Über die Jahre wurde diese Methode laufend verfeinert und ist seit kurzem ISO-zertifiziert, womit sie für Forschende und Hersteller in Tests als Standardreferenz dient.

⌚ Prof. Dr. Kristin Schirmer, Eawag, T 058 765 52 66

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Innovationsförderung von Innosuisse wirkt

① Die Innovationsförderagentur des Bundes Innosuisse hat 2018 drei externe Wirkungsstudien zu Ihrer Tätigkeit durchführen lassen. Daraus geht hervor, dass die befragten Unternehmen nicht nur einen direkten wirtschaftlichen Nutzen durch die Förderung erfahren, sondern auch die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Unternehmen und Hochschulen sehr schätzen. Besonders Start-ups sehen einen grossen Nutzen in der Förderung durch Innosuisse. Eine zunehmend wichtige Rolle bei der Förderung spielen radikale Technologien und disruptive Innovationen, welche ein grosses Veränderungspotential für Unternehmen oder Märkte haben.

⌚ Eliane Kersten, Innosuisse, Co-Leiterin Kommunikation, T 058 464 19 95

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Informationen in die Zelle

- ① Forschende des Paul Scherrer Instituts konnten grosse Fortschritte in der Erforschung von Zellmembranen erzielen und herausfinden, wie man Vitalstoffe und Informationen durch diese Barriere in die Zelle übertragen kann. So konnten sie einen wichtigen Teil eines Signalweges aufklären, durch den drei Proteine Informationen in das Zellinnere schleusen. Dieser Signalweg ist bei Säugetieren an der Regulation des Herzschlages beteiligt. Einem Team rund um Biochemiker Volodymyr Korkhov gelang es, eines dieser Proteine, die Adenylylzyklase, detailliert abzubilden. Die Identifizierung der genauen Molekularstruktur ermöglichte es herauszufinden, wie das Membranprotein sich selbst regulieren kann. Diese Erkenntnisse könnten es künftig ermöglichen, Medikamente zu entwickeln, die Adenylylzyklase hemmen oder aktivieren. Die Forschenden haben Ihre Ergebnisse in der Zeitschrift «Science» veröffentlicht.
- † Prof. Dr. Volodymyr Korkhov, Paul Scherrer Institut, Forschungsgruppe Mechanismen der Signaltransduktion. T 056 310 28 42

🔗 Vollständige Meldung

Förderung durch den Europäischen Innovationsrat auch für Schweizer Forschungsinstitutionen und Unternehmen attraktiv

- ① Am 25. April 2019 fand in Bern eine Informationsveranstaltung zu den Fördermöglichkeiten des «Europäischen Innovationsrats» (EIC) statt. Damit in Europa wissenschaftliche Erkenntnisse rascher in marktfähige Innovationen überführt werden können, soll der EIC ab 2021 im Zusammenhang mit dem europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizon Europe, 2021-2027) gezielt Innovationen fördern. Eine Delegation der Europäischen Kommission brachte Schweizer Teilnehmenden aus Hochschulen, Forschung, Institutionen, Interessensorganisationen und Privatwirtschaft die Bedeutung der Forschungsrahmenprogramme der EU näher. Das Förderspektrum des EIC ist die wichtigste öffentliche Quelle zur Finanzierung der Forschung und Innovation von Unternehmen, von der auch Schweizer Unternehmen und insbesondere KMU profitieren können.
- † Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, Ressort Kommunikation, T 058 462 45 60

🔗 Vollständige Meldung

CHF 22,6 Milliarden für die Forschung in der Schweiz 2017

- ① Wie aus den Ergebnissen der Erhebung des Bundesamtes für Statistik (BFS) zur Forschung und Entwicklung (F+E) hervorgeht, wurden 2017 in der Schweiz CHF 22,6 Milliarden für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten aufgewendet. Gut zwei Drittel der Gesamtaufwendungen (CHF 15,6 Milliarden) stammen von Privatunternehmen, während die Hochschulen gut ein Viertel (CHF 6,2 Milliarden) beisteuerten. Zwar hat sich das Wachstum der Aufwendungen in den letzten Jahren verlangsamt, der Gesamtbetrag stieg jedoch stetig an und konnte auch 2017 einen Rekordwert erreichen (2 % mehr als im Erhebungsjahr 2015). Die Zunahme ist besonders den Hochschulen zu verdanken. Die Finanzierung für F+E-Tätigkeiten belief sich auf 3,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) der Schweiz, was im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Wie in der Wirtschaft findet auch in der Forschung und Entwicklung ein reger Austausch mit dem Ausland statt. So flossen 2017 CHF 1,2 Milliarden aus dem Ausland in die Schweiz,

während Schweizer Unternehmen F+E-Aktivitäten im Ausland mit CHF 7,9 Milliarden finanzierten.

- ⌚ Pierre Sollberger, Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Wirtschaftsstruktur und -analysen, T 058 463 68 65

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Internationale Bildungspolitik

Der Bundesrat unterstützt auch weiterhin die Zusammenarbeit mit der Frankophonie

- ① Gemäss Beschluss des Bundesrates vom 10. April 2019 werden die freiwilligen Beiträge des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) an die Zusammenarbeit mit der Frankophonie weitergeführt. Für die entsprechenden Massnahmen sind in den Jahren 2020-2023 insgesamt CHF 1,7 Millionen vorgesehen. Die Schweiz ist nach Frankreich und Kanada der wichtigste Geldgeber für die Internationale Organisation der Frankophonie. Mit den vorgesehenen Mitteln möchte die Schweiz die Vorhaben der Frankophonie zur Förderung der Verwendung der französischen Sprache sowie der Mehrsprachigkeit im Allgemeinen unterstützen.

- ⌚ Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Information, T 058 462 31 53

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Schweizer Gemeinschaften, Bildung und Wirtschaft: Bundesrat Cassis reist nach Uruguay, Chile und Brasilien

- ① Vom 22. bis 26. April weilte Bundesrat Cassis für einen Arbeitsbesuch in Südamerika. Bei dieser Gelegenheit besuchte er Schweizer Gemeinschaften in Uruguay, Chile und Brasilien. Themen der politischen Gespräche waren Bildung und Innovation sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die drei Länder stellen wichtige Partner für die Schweiz dar. Sie sind Gründungsmitglieder des Gemeinsamen Marktes Südamerika (Mercosur), mit dem die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) derzeit über ein Freihandelsabkommen verhandelt.

- ⌚ Departement für Äusseres (EDA), Information, T 058 462 31 53

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Teilnahme der Schweiz am 7. Treffen der Fachminister für Bildung der ASEM-Staaten

- ① Vom 15. bis 16. Mai 2019 fand in Bukarest das 7. Treffen der für Bildung zuständigen Fachminister der ASEM-Staaten unter dem Thema «Vernetzung der Bildung: Integration, Mobilität und Exzellenz zur Unterstützung der Ziele für nachhaltige Entwicklung» statt. ASEM ist eine informelle Plattform für den Dialog europäischer und asiatischer Staaten und soll den Austausch über Herausforderung und gemeinsamer Probleme der beiden Kontinente ermöglichen. Staatssekretärin Martina Hirayama hat die Schweiz beim Treffen vertreten und bei dieser Gelegenheit viele konstruktive Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen geführt.

- ⌚ Marco Scruzzi, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, Stv. Leiter Abteilung Hochschulen, T 058 464 91 51

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Die Schweiz und Indien verstärken ihre wissenschaftliche Zusammenarbeit

① Am 30. April 2019 fand in Bern das fünfte Treffen des gemischten wissenschaftlichen Ausschusses Schweiz-Indien unter der Leitung von Staatssekretärin Martina Hirayama statt. Ziel des Treffens war es, die Weichen für eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen im Forschungsbereich zu stellen, die jüngsten Kooperationen und Prozesse zu evaluieren und die nächste Phase des bilateralen Programmes zu definieren. Seit 2003 verbindet die Schweiz und Indien ein bilaterales Rahmenabkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit. Bereits 60 gemeinsame Forschungsprojekte konnten im Kontext dieses Abkommens gefördert werden. Die Schweizer Delegation bestand aus Vertretern des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW), des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

⌘ Mauro Moruzzi, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Leiter Abteilung

🔗 Vollständige Meldung

Bundes-Exzellenz-Stipendien für junge kolumbianische Forschende

① Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und die kolumbianische Stiftung COLFUTURO haben am 1. Mai 2019 ein auf zwei Jahre beschränktes Pilotabkommen unterzeichnet, das es hervorragenden jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Kolumbien erlaubt, in der Schweiz ihre doktoralen oder postdoktoralen Forschungstätigkeiten weiterzuführen. In den kommenden zwei Jahren gewährt die Eidgenössische Stipendienkommission für ausländische Studierende (ESKAS) mindestens zwei Bundes-Exzellenz-Stipendien pro Jahr für kolumbianische Forschende. Das Pilotprojekt ist Teil der internationalen Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation, das der Bundesrat im Juli 2018 verabschiedet hat. Falls es sich als erfolgreich erweist, kann das Projekt weitergeführt werden.

⌘ Cecilia Neyroud, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Abteilung Internationale Beziehungen, T 058 466 88 32

🔗 Vollständige Meldung

Querschnitt

Keine eidgenössische Volksabstimmung am 24. November 2019

① Wie der Bundesrat am 1. Mai 2019 beschlossen hat, wird auf die Durchführung einer eidgenössischen Volksabstimmung am 24. November 2019 verzichtet. Das nächste Datum für eine eidgenössische Volksabstimmung wird der 9. Februar 2020 sein. Der Bundesrat wird zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, welche Vorlagen an diesem Datum zur Abstimmung gelangen.

⌘ René Lenzin, Bundeskanzlei, T 058 462 54 93

🔗 Vollständige Meldung

Parlament

Vorschau Sommersession (03.-21.06.2019)

In beiden Räten

Staatsrechnung 2018 (19.003)

- ① Der Bundeshaushalt (19.003) schliesst das Jahr 2018 mit einem ordentlichen Überschuss von CHF 2,9 Milliarden ab. Budgetiert waren 0,3 Milliarden. Massgeblich zum guten Ergebnis tragen die höheren Einnahmen aus der Verrechnungssteuer und der direkten Bundessteuer bei. Weiter beantragt der Bundesrat dem Parlament die Zustimmung zu 9 Kreditnachträgen (19.007) im Umfang von CHF 75 Millionen. Davon entfällt ein überwiegender Teil auf die Wiedergutmachung für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen (CHF 58,5 Mio.). Weitere Punkte betreffen den Handlungsspielraum beim Personalaufwand betreffend «Cyber-Defence» (CHF 11,5 Mio.) und den Verpflichtungskredit «Schutz Naturgefahren 2016-2019 (CHF 10 Mio.)».

Voranschlag 2019. Nachtrag I (19.007)

- II Die Finanzkommission des Ständerates (FK-SR) beantragt ihrem Rat einstimmig die Nachtragskredite zu genehmigen und die Staatsrechnung zu genehmigen. Ihre nationalrätliche Schwesterkommission wird erst nach Redaktionsschluss Entscheidungen bekannt geben.

- ① Der Ständerat behandelt beide Vorlage zusammen am 6. Juni, der Nationalrat am 17. Juni 2019.

Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2018. Bericht (19.006)

- ① Mit dem Bericht des Bundesrates über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahre 2018 gibt die Landesregierung Auskunft über den Erfüllungsstand von überwiesenen Vorstössen. Im Kapitel I sind die Vorstösse enthalten, welche der Bundesrat zur Abschreibung beantragt.

- II Der Bericht wird in allen Legislativkommissionen beider Räte behandelt. Die Kommissionen haben die Möglichkeit ihrem Rat die Abschreibung eines Vorstosses zur Ablehnung zu beantragen, also den Bundesrat zu beauftragen weitere Schritte zur Erfüllung zu unternehmen.

- » Die Anträge der Kommission werden erst publiziert, wenn alle Kommissionen den Bericht beraten haben. Dies wird erst nach Redaktionsschluss der Fall sein. Der Ständerat wird über die Anträge am 6. Juni entscheiden, der Nationalrat am 18. Juni 2019.

Mo. WAK-SR. Zusatzverhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU (19.3416)

- ① Der Bundesrat soll mit den beiden wortgleichen Kommissionsmotionen beauftragt werden, mit der EU Zusatzverhandlungen zu führen oder andere geeignete Massnahmen zu ergreifen, um das institutionelle Abkommen mit der EU betreffend Lohnschutz, Unionsbürgerrichtlinie, staatliche Beihilfen, Anschlussgesetzgebung und Streitbeilegung zu verbessern.

Mo. WAK-NR. Zusatzverhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU (19.3420)

- II Die Antworten des Bundesrates lagen zu Redaktionsschluss noch nicht vor.
- » Der Ständerat behandelt die Motion 19.3416 am 14. Juni 2019, der Nationalrat behandelt die Motion 19.3420 am 20. Juni 2019.

Nationalrat

Parlamentarische Initiativen | Standesinitiativen

**Pa.Iv. Aeschi Thomas. Einführung des Verordnungsvetos
Phase 2
(14.422)**

- ① Thomas Aeschi (SVP/ZG) beantragt, dass die entsprechenden Gesetzesänderungen vorgenommen werden, damit die eidgenössischen Räte zu bundesrätlichen Verordnungen ein einfaches Veto, ohne Möglichkeit auf Abänderung, einlegen können.
- ⌘ Nachdem beide Räte dem Anliegen in der ersten Phase Folge gegeben hatten, hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-NR) eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet und Mitte 2018 in der Vernehmlassung geschickt. Dort zeigte sich, dass die Parteien das Anliegen mehrheitlich unterstützen, die Kantone es jedoch ablehnen. Die Mehrheit der SPK-NR hält an der Vorlage fest, auch weil sie überzeugt ist, dass ein effizientes Vorgehen beim Behandeln allfälliger Vetos in den Räten möglich ist. Eine Minderheit sieht sich durch die Vernehmlassung in der Ablehnung bekräftigt.
- II Der Bundesrat beantragt den Räten nicht auf die Vorlage einzutreten. Aus seiner Sicht verfüge das Parlament bereits heute über ausgebaute Mitwirkungsrechte, um auf die Verordnungsgebung Einfluss zu nehmen.
- ⌘ Die SPK-NR wird die Vorlage nochmals am 23./24. Mai 2019 beraten. Der Nationalrat behandelt sie am 18. Juni 2019.

Motionen | Postulate

**Mo. Ständerat (Engler). Mitfinanzierung des Trainings- und Wettkampfbetriebs auf Sportanlagen von nationaler Bedeutung
(18.4150)**

- ① Der Bundesrat wird eingeladen, auf dem Wege der Anpassung der Sportförderungsverordnung (Art. 41 Abs. 3 Bst. e [neu]) die gesetzliche Grundlage zur Mitfinanzierung des Trainings- und Wettkampfbetriebs in Sportanlagen von nationaler Bedeutung zu schaffen, damit diese für den Breiten- und Leistungssport von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bestimmungsgemäss genutzt werden können.
- ⌘ Der Ständerat nahm die Motion an der Frühjahrssession 2019, entgegen dem Antrag des Bundesrates, an. Dieser ist der Meinung, dass die Beteiligung an den Betriebskosten nicht Bundesaufgabe ist.
- II Die Bildungskommission des Nationalrates (WBK-NR) wird die Motion am 24. Mai 2019 beraten, die Ergebnisse werden erst nach Redaktionsschluss publiziert.
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Motion am 6. Juni 2019.

**Mo. Nationalrat (Gmür-Schönenberger). Vorhandene Daten zum Studien-erfolg publizieren
(16.3895)**

- ① Siehe Focusgeschäft S. 5.
- ⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 12. Juni 2019.

**Mo. WBK-NR. Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich
(19.3009)**

- ① Die nationalrätliche Bildungskommission (WBK-NR) hat Ende Februar 2019 zwei Kommissionsmotionen eingereicht. Einerseits möchte sie den Bundesrat beauftragen, die gesetzlichen Grundlagen für ein Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich zu schaffen. Über eine Plattform sollen bereits entwickelte «Good Practices» im gesamten Bildungsraum

Mo. WBK-NR. Lancierung eines Digitalisierungs-Impulsprogramms für Eidgenössische und Kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Berufsbildung und Weiterbildung (19.3010)

Schweiz – insbesondere auch über die Sprachgrenzen hinweg - ausgetauscht und weiterverbreitet werden (19.3009). Andererseits sollen die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein zeitlich befristetes Impulsprogramm Digitalisierung geschaffen werden damit die Ziele der «Strategie Digitale Schweiz» erreicht werden können (19.3010).

- II Die Antwort des Bundesrates lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor.
- » Der Nationalrat behandelt beide Motionen zusammen am 20. Juni 2019.

Mo. WBK-NR. Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (19.3418)

- ① Siehe Focusgeschäft S. 3.
- » Der Nationalrat behandelt die Motion am 20. Juni 2019.

Mo. FK-NR. Wirkungsmessung im BFI-Bereich (19.3413)

- ① Der Bundesrat soll beauftragt werden, mit der nächsten BFI-Botschaft 2021 - 24 ein Modell für eine Wirkungsmessung der eingesetzten finanziellen Mittel und vorgesehenen Massnahmen einzuführen. Dem Parlament ist jährlich zusammen mit der Rechnungsablage Bericht zu erstatten über die erreichten Wirkungen.
- II Die Antwort des Bundesrates lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor.
- » Der Nationalrat behandelt die Motion am 20. Juni 2019.

Po. WBK-NR. Strategie zur Stärkung der Frühen Förderung (19.3417)

- ① Der Bundesrat soll mit dem Kommissionspostulat beauftragt werden, eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der Frühen Förderung von Kindern in der Schweiz zu erarbeiten. Eine Minderheit beantragt die Ablehnung es Postulates.
- II Die Antwort des Bundesrates lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor.
- » Der Nationalrat behandelt das Postulat am 5. Juni 2019.

Parlamentarische Vorstösse gemäss separaten Listen

Vorstösse aus dem EDA

- Po. Nussbaumer. Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU (18.3247)
- Po. Fridez. Ausbildungszentrum für zivile und militärische Friedensförderung (18.3302)
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 20. Juni 2019.

**Vorstösse aus dem EDI
Abgelehnte Vorstösse**

- Mo. Marchand. Erwerb einer zweiten Landessprache. Kredit für die Förderung des Austauschs zwischen den Sprachgemeinschaften (17.3306)
- Mo. Fraktion BD. Endlich gleich lange Spiesse für über 50-Jährige (17.3325)
- Po. Marti Min Li. Einführung des Jugendkulturgutscheins. Demokratische Bildung und Kultur stärken (17.3382)
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 5. Juni 2019.

Vorstösse aus dem UVEK

- Mo. Béglé. Netzneutralität. Bewahren der ursprünglichen Lebendigkeit des Internets (17.3591)
- Mo. Béglé. Die Steuerung der Digitalisierung so weiterentwickeln, dass sie sich von der Digitalisierung selbst inspirieren lässt (17.3592)
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 4. Juni 2019.

Vorstösse aus dem VBS

- Po. Lohr. Tägliche Sport- und Bewegungsaktivitäten im Kindes- und Jugendalter (18.3846)
- Mo. Zuberbühler. Beginn der Rekrutenschule auf den Berufslehraabschluss abstimmen (18.4170)
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 14. Juni 2019.

Vorstösse aus dem WBF

- Mo. Reynard. Schnellstmögliche Assoziierung der Schweiz an Erasmus plus (17.3416)
- Po. Reynard. Chancengerechtigkeit. Welchen Einfluss hat das Schulsystem? (17.3500)
- Mo. Marchand. In allen Berufen die Validierung von Bildungsleistungen fördern (17.3813)
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 19. Juni 2019.

Ständerat

Bundesratsgeschäfte

Kulturgütertransfersgesetz und Seeschiffahrtsgesetz. Änderung (18.083)

- ① Das UNESCO-Übereinkommen von 2001 über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes ist ein wirksames Instrument, um die weltweit stark zunehmende Plünderung und Ausbeutung des Kulturerbes unter Wasser zu verhindern und seinen Schutz zu garantieren. Für die Umsetzung sind nur geringfügige gesetzgeberische Anpassungen im Kulturgütertransfersgesetz sowie im Seeschiffahrtsgesetz erforderlich.
- » Der Nationalrat ist ohne Gegenantrag auf die Vorlage eingetreten und stimmte dem Entwurf mit 171 zu 4 Stimmen zu.
- II Die Kulturkommission des Ständerates (WBK-SR) befürwortet ohne Gegenstimme die Genehmigung dieses Übereinkommens.
- » Der Ständerat behandelt das Abkommen am 11. Juni 2019.

Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Konvention von Faro). Genehmigung (18.084)

- ① Das Rahmenübereinkommen des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft definiert das Kulturerbe als wichtige Ressource für die Förderung der kulturellen Vielfalt und der nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Es fordert von den Staaten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Kulturerbe in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit rücken und den Zugang zum Kulturerbe sowie die Teilhabe einer breiten Bevölkerung daran stärken. Für die Umsetzung des Übereinkommens ist keine Anpassung des schweizerischen Rechts erforderlich.
- » Der Nationalrat ist ohne Gegenantrag auf die Vorlage eingetreten und stimmte dem Entwurf mit 131 zu 46 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.
- II Die Kulturkommission des Ständerates (WBK-SR) empfiehlt das Abkommen ohne Gegenstimme zu Annahme.
- » Der Ständerat behandelt das Abkommen am 11. Juni 2019.

**Rahmenkredit 2020–2023
für drei Genfer Zentren
(18.094)**

- ① Der Bundesrat will das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Genfer internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) weiter finanziell unterstützen. Der Rahmenkredit beträgt 128 Millionen Franken für die Jahre 2020 bis 2023. Die drei Zentren bieten u.a. aussen- und sicherheitspolitische Lehrgänge und Weiterbildungsprogramme für internationale Fach- und Führungskräfte an.
- II Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-SR) behandelt die Vorlage erst am 23. Mai 2019, also nach Redaktionsschluss.
- » Der Ständerate wird den Kredit am 14. Juni 2019 beraten.

**Für einen vernünftigen
Vaterschaftsurlaub - zum
Nutzen der ganzen Familie.
Volksinitiative
(18.052)**

**Pa.IV. SGK-SR. Indirekter
Gegenentwurf zur Vater-
schaftsurlaubs-Initiative –
2. Phase (18.441)**

**Pa.IV. Caroni. Vater-
schaftsurlaub. Do it yours-
elf! – 1. Phase (18.444)**

- ① Die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» will den Bund verpflichten, einen mindestens vierwöchigen gesetzlich vorgeschriebenen und über die Erwerbsersatzordnung (EO) entschädigten Vaterschaftsurlaub einzuführen. Der Bundesrat anerkennt zwar das Anliegen des Vaterschaftsurlaubs; der Ausbau eines bedarfsgerechten familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots hat für ihn jedoch Priorität. Ein solcher Vaterschaftsurlaub würde zudem die Wirtschaft mit zusätzlichen Abgaben belasten und die Unternehmen vor grosse organisatorische Herausforderungen stellen. Der Bundesrat beantragt deshalb dem Parlament, die Initiative ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.
- » Die Sozialkommission des Ständerates (SGK-SR) beschloss im Sommer 2018, der Volksinitiative einen indirekten Gegenentwurf in Form einer Kommissionsinitiative gegenüberzustellen (18.441). Diese Kommissionsinitiative sieht einen zweiwöchigen bezahlten Vaterschaftsurlaub vor, der vom Vater innerhalb von sechs Monaten ab der Geburt am Stück oder tageweise bezogen werden kann. Die Väter sollen in dieser Zeit 80 Prozent ihres Lohns erhalten. Finanziert werden soll der Vaterschaftsurlaub, gleich wie die Mutterschaftsentschädigung, über die Erwerbsersatzordnung. Die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WBK-NR), der die Beratung der Volksinitiative zugewiesen worden war, hiess den Beschluss der SGK-SR vergangenen Herbst gut.

Der indirekte Gegenentwurf wurde sodann in die Vernehmlassung geschickt, wobei die Ergebnisse gemischt ausfielen: Bei den Kantonen begrüssen rund zwei Drittel die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs, ein Drittel ist dagegen – darunter die Kantone Aargau, Baselland und Zug. Vier Westschweizer Kantone würden einen längeren Urlaub vorziehen, es sind dies die Kantone Waadt, Neuenburg, Wallis und Genf. Bei den Parteien begrüssen sieben Parteien die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs, die FDP unterstützt den Urlaub mit Vorbehalten, die SVP lehnt ihn ab. Bei den Befürwortern unterstützen CVP und BDP den Gegenentwurf, die GLP erachtet ihn als Zwischenschritt zur Elternzeit. Einen längeren Vaterschaftsbeziehungsweise Elternurlaub möchten EVP, GP und SP. Ein ähnliches Bild wie bei den Parteien zeigt sich bei den Verbänden: Arbeitnehmerorganisationen – darunter Travail.Suisse, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und KV Schweiz – würden einen längeren Vaterschaftsurlaub vorziehen, zwölf Verbände aus Arbeitgeber-beziehungsweise Gewerbetreibenden lehnen die Einführung eines Urlaubs ab.

- II An ihrer Sitzung vom 16. April 2019 nahm die SGK-SR von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis. Sie hielt an ihrem Entwurf fest und hiess ihn in der Gesamtabstimmung mit 7 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung gut. Eine Minderheit beantragt ihrem Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Volksinitiative (18.052) beantragt die Kommission ihrem Rat zur Ablehnung (mit 8 zu 4 Stimmen), eine Minderheit empfiehlt deren Annahme.
- ① Gemeinsam mit den beiden Vorlagen – Volksinitiative und Kommissionsinitiative – behandelt der Ständerat zudem die parlamentarische Initiative von Andrea Caroni (18.444). Mit dieser möchte er den Bundesrat beauftragen, das OR so zu ergänzen, dass ein Arbeitnehmer das Recht erhält, auf Wunsch seine gesetzlichen Ferien innerhalb eines bestimmten Zeitraums um die Geburt seines Kindes herum zu beziehen.
- II Die Sozialkommission des Ständerates (SGK-SR) befasste sich am 16. Mai 2019 mit der parlamentarischen Initiative Caroni und beantragt mit 6 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen ihrem Rat, dieser keine Folge zu geben. Nach Ansicht der Kommission stellt die heutige Praxis die Wünsche der Arbeitnehmer in Bezug auf Ferien bereits sicher. Die Kommission weist zudem auf ihren indirekten Gegenentwurf hin und sieht entsprechend keinen Handlungsbedarf für andere Urlaubsmodelle.
- » Der Ständerat behandelt die drei Vorlagen gemeinsam am 20. Juni 2019.

Motionen | Postulate

**Mo. Nationalrat (Bühler).
Rasche Unterstützung für
Lehrbetriebe mit Kurzar-
beit
(16.3884)**

- ① Der Bundesrat soll beauftragt werden, den Kantonen auf Wunsch zu erlauben, zu-
mindest als befristetes Pilotprojekt die Löhne der Lehrmeisterinnen und Lehrmeister
zu bezahlen, die im Rahmen der Kurzarbeitsentschädigung erwerbstätig bleiben.
- » Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession 2018 entgegen dem Antrag
des Bundesrates angenommen.
- II Die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK-SR) beantragt – mit Stichen-
scheid des Präsidenten – die Annahme der Motion.
- » Der Ständerat behandelt den Vorstoss am 17. Juni 2019.

**Mo. Häberli-Koller.
Verbesserung der
komparativen Grundla-
gen des Wissenssystems
der Schweizer Land- und
Ernährungswirtschaft
(19.3072)**

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, die Rahmenbedingungen in der Schweizer Ag-
rarforschung weiter zu optimieren, so dass Agroscope und das Forschungsinstitut
für biologischen Landbau (FiBL) sich ergänzend und gemeinsam eine internatio-
nal führende Stellung im Thema Biolandbau, Agrarökologie und Tierwohl ein-
nehmen können sowie die Finanzhilfe an das FiBL zu erhöhen.
- II Die Antwort des Bundesrates lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor.
- » Der Ständerat behandelt die Motion am 17. Juni 2019.

**Mo. Vonlanthen. Weiter-
bildungsfonds auf Bran-
chenebene
(18.3933)**

- ① Der Bundesrat soll beauftragt werden, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen,
damit Weiterbildungsfonds auf Branchenebene gefördert werden können.
- » Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. So habe er die vom Motio-
när geforderten Voraussetzungen für die Förderung von Branchen-Weiterbil-
dungsfonds bereits geschaffen, wie er in seiner Antwort schreibt. Der Ständerat
behandelte den Vorstoss in der Wintersession 2018 und wies ihn zur Vorprüfung
an die Bildungskommission des Ständerates (WBK-SR).

- II Sodann befasste sich die WBK-SR mit der Motion. Nach Anhörungen kommt sie zum Schluss, dass die Motion nicht zweckmässig ist, da der Bundesrat bereits über rechtliche Grundlagen verfügt, Branchen-Weiterbildungsfonds zu fördern. Mit 6 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen beantragt sie entsprechend die Ablehnung der Motion. Sie möchte aber die Entwicklung im Bereich der Weiterbildungspolitik eng beobachten und erwägt deshalb, in der kommenden Legislatur eine Auslegung zum 2014 in Kraft getretenen Weiterbildungsgesetz vorzunehmen.
- ▶▶ Der Ständerat befasst sich am 17. Juni 2019 mit der Motion.

Interkantonale Gremien | Verbände

Obligatorische Schule

Lehrpersonen leisten viel unbezahlte Überzeit – insbesondere Teilzeitarbeitende

- ✎ Die Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer habe in den vergangenen zehn Jahren weiter zugenommen. Der Trend, in die Teilzeitarbeit auszuweichen, halte weiter an. Doch ausgerechnet bei Teilzeitpensen sei die zeitliche Arbeitsbelastung überproportional hoch. Dies zeige die repräsentative Arbeitszeiterhebung 2019 des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) und des Syndicat des Enseignants Romands (SER). Es ist die dritte Arbeitszeiterhebung des LCH innert 20 Jahren. Erstmals wurde sie nicht nur in der Deutschschweiz, sondern auch in der Romandie durchgeführt.
- ✎ Wenn der Berufsauftrag innerhalb der Referenzarbeitszeit erfüllbar sein soll, müssen die Lehrerinnen und Lehrer in den unterrichtsbezogenen Tätigkeiten entlastet werden. Die Zeitpauschalen, die in den kantonalen Berufsaufträgen dafür implizit und explizit vorgesehen sind, sollen erhöht werden, fordern die Verbände. Zudem fordern sie, dass keine unbezahlte Überzeit mehr gibt, dass die Pflichtlektionenzahl für die Lehrpersonen gesenkt wird, dass mehr Ressourcen für die Klassenleitung und mehr Zeit für Elternarbeit zur Verfügung steht.

☎ Beat W. Zemp, LCH Zentralpräsident, T 061 903 95 85

☎ Samuel Rohrbach, SER, Präsident, M 079 251 22 42

☞ Vollständige Meldung

**Anerkennung von Lehrdiplomen:
Revision der Reglemente abgeschlossen**

- ✎ Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat ihre Grundlagen für die gesamtschweizerische Anerkennung von Lehrdiplomen revidiert. Ziel der Revision war in erster Linie eine Zusammenführung mehrerer Rechtstexte und eine formale Bereinigung. Inhaltlich wurden hingegen nur einzelne Änderungen vorgenommen. Der Grossteil der heute gültigen Vorgaben für die gesamtschweizerische Anerkennung der Lehrdiplome hat also weiterhin Gültigkeit.

✎ EDK Pressedienst Generalsekretariat, T 031 309 51 11

☞ Vollständige Meldung

Förderung der Grundkompetenzen: Bescheidene Wirkung des WeBiG

Non-formale und informelle Bildung

- ✎ Das Weiterbildungsgesetz (WeBiG) habe bisher nicht den erhofften Impuls zur Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener in den Kantonen ausgelöst. Dies zeigt der erste Monitoringbericht der IG Grundkompetenzen. Die IG Grundkompetenzen (IGG), welche vom SVEB koordiniert und co-präsiert wird, hat mit einem Monitoringbericht eine erste Bilanz zur Umsetzung dieses Förderauftrags gezogen. Im Zentrum des Berichts steht die Frage, welche Auswirkungen das Weiterbildungsgesetz aus Sicht der IGG seit dessen Einführung Anfang 2017 in den einzelnen Kantonen hatte.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass der bisher vom WeBiG ausgelöste Impuls trotz positiver Entwicklungen in mehreren Kantonen insgesamt eher schwach ausfällt. In lediglich sechs Kantonen habe das WeBiG einen deutlichen positiven Impuls ausgelöst. In elf Kantonen falle die Entwicklung nur moderat aus. In acht Kantonen sei kein Impuls und in einem Kanton ein negativer festzustellen. Insgesamt hätten sich damit die Rahmenbedingungen für die Förderung der Grundkompetenzen in den vergangenen zwei Jahren bei der Mehrzahl der Kantone kaum verbessert. Die bestehenden Unterschiede zwischen den Kantonen hätten sich zudem im Vergleich zu 2016 weiter verstärkt.

Vergleiche mit der Finanzierung anderer Bildungsbereiche zeigen, dass die Förderung der Grundkompetenzen nach wie vor äusserst stiefmütterlich behandelt werde. Es sei nun am Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), den Ausbau der Finanzen im Rahmen der nächsten BFI-Periode an die Hand zu nehmen.

☎ Schweizerischer Verband für Weiterbildung (SVEB), T 0848 33 34 33

📄 [Vollständige Meldung](#)

Forschung | Innovation

Open Access: Position der Akademien der Wissenschaften Schweiz

✎ Die Akademien der Wissenschaften Schweiz mit ihren Mitgliedern unterstützen das Prinzip von Open Access mit dem Ziel, freien Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen zu gewähren, wie sie in einer Stellungnahme vom 23. April 2019 schreiben. Über ihre Netzwerke üben sie eine Vermittlungsfunktion zwischen den Fachgemeinschaften und den Policy-Institutionen in der Forschungsförderung aus.

☎ Dr. Beat Immenhauser, Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, Stv. Generalsekretär, T 031 306 92 52

📄 [Vollständige Meldung](#)

Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Schweiz stagnieren

✎ Das Bundesamt für Statistik hat am 13. Mai 2019 zusammen mit dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation und economiesuisse die Publikation «Forschung und Entwicklung in der Schweiz 2017» vorgestellt. Die Resultate sind verhalten positiv: Zwar kann sich der Forschungsstandort Schweiz behaupten. Doch die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung haben seit 2015 mehr oder weniger stagniert. Die Untersuchung zu den Zahlen von 2017 zeige vier interessante Sachverhalte.

Erstens haben die kleinen Unternehmen den «Frankenschock» erst teilweise überwunden. Ihre Forschungs- und Entwicklungs(F+E)-Aufwendungen seien im Vergleich zu 2015 zwar wieder deutlich gestiegen, haben aber immer noch nicht das Niveau von 2012 erreicht.

Zweitens verwische sich die herkömmliche Aufgabenteilung zwischen Grundlagenforschung an den Hochschulen und anwendungsorientierter Forschung in den privaten Unternehmen immer mehr. So seien die F+E-Aufwendungen für die Grundlagenforschung in der Privatwirtschaft stark angestiegen.

Drittens lasse sich eine gewisse Verlagerungstendenz in Richtung Einkauf der Forschung beobachten. So erhöhten sich die Extramuros-Forschungsaufwendungen, jene also, die nicht im eigenen Unternehmen geleistet wurden, im In- und im Ausland.

Viertes sei das Glas bei den Zukunftstechnologien halb voll. So fokussiere sich die forschungsstärkste Branche der Schweiz, die Pharmaindustrie, immer stärker auf die Biotechnologie. Die F+E-Aufwendungen stiegen gegenüber 2015 weiter an und machen mittlerweile rund 55 Prozent der Forschungsaufwendungen der Pharmaindustrie aus.

☒ Prof. Dr. Rudolf Minsch, economiesuisse, Leiter allgemeine Wirtschaftspolitik & Bildung, T 044 421 35 34

☞ Vollständige Meldung

Internationale Bildungspolitik

Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

☒ Die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung ist seit über 20 Jahren ein Teil der Bildungspolitik des Bundes. Nun soll die Förderpolitik im Rahmen einer Totalrevision autonomer und flexibler auf ein sich rasch veränderndes Umfeld im Bildungsbereich reagieren können. Die bestehenden Förderinstrumente sollen daher flexibler und kohärenter ausgestaltet werden. economiesuisse unterstützt die Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Es sei jedoch wichtig, dass mit der Revision keine neuen Fördertatbestände geschaffen werden und das Parlament weiterhin die strategischen und finanziellen Entscheide über die Ausrichtung der Förderpolitik treffe.

☒ Prof. Dr. Rudolf Minsch, economiesuisse, Leiter allgemeine Wirtschaftspolitik & Bildung, T 044 421 35 34

☞ Vollständige Meldung

Einigung über das nächste europäische Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe

☒ Der Rat und das Europäische Parlament haben sich Ende März 2019 über den Rechtsrahmen für das künftige europäische Rahmenprogramm für Forschung und Innovation geeinigt. Die Schweiz wird aber am weltweit grössten Forschungsprogramm nicht vollasoziiert dabei sein. Einen gleichwertigen Zugang sollen die EWR-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein erhalten. Sogar Israel wird bevorzugt behandelt. Die Schweiz wird aber lediglich als Drittstaat teilnehmen können. Economiesuisse vermutet dahinter einen Konnex zur bisherigen Nichtunterzeichnung des institutionellen Abkommen. Sollte dieses vom Bundesrat nicht vor Herbst unterzeichnet werden, riskiere die Schweiz, wie schon nach der Masseneinwanderungsinitiative-Abstimmung, nicht rechtzeitig am europäischen Rahmenforschungsprogramm teilnehmen zu können und damit Gelegenheiten für die Teilnahme an wichtigen Forschungsprojekten zu verpassen – mit längerfristigen Nachteilen für den Forschungsplatz Schweiz.

☒ Prof. Dr. Rudolf Minsch, economiesuisse, Leiter allgemeine Wirtschaftspolitik & Bildung, T 044 421 35 34

☞ Vollständige Meldung

Impressum

Redaktion

Stefan Kunz (Leitung), kunz@ecopolitics.ch

Julia Heeb, heeb@ecopolitics.ch

Redaktionsschluss: 21. Mai 2019

Gedruckt auf FSC-MIX-Papier.

© Ecopolitics GmbH, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8

Telefon 031 313 34 34, Fax 031 313 34 35

politfocus@ecopolitics.ch, www.ecopolitics.ch

Zeichenerklärung

- ① Ausgangslage
- ◀◀ Rückblick
- || Aktueller Stand
- ▶▶ Ausblick
- ↗ Reaktionen von Verbänden, Parteien, Gremien
- ⌋ Kontaktangaben

Erscheinungstermine

Die nächste Nummer (Nr. 4) erscheint als Rückblick auf die Sommersession der eidgenössischen Räte am 27. Juni 2019.

Themen

Ecopolitics publiziert zu folgenden Politthemen die Zeitschrift *politfocus* als Print- und/oder PDF-Version:

<i>politfocus</i> agrarpolitik	ISSN 1661-4771
<i>politfocus</i> bildungspolitik	ISSN 1661-4801
<i>politfocus</i> gesundheitspolitik	ISSN 1661-481X
<i>politfocus</i> sozialpolitik	ISSN 1661-5549
<i>politfocus</i> umweltpolitik	ISSN 1661-4836
<i>politfocus</i> politique environnementale	ISSN 1661-5557
<i>politfocus</i> wirtschaftspolitik	ISSN 1661-5530

Abonnemente

Ein Jahresabonnement können Sie bequem auf unserer Website bestellen. Unter www.politfocus.ch finden Sie auch die aktuellen Preise sowie die geltenden Konditionen.

Weitere Produkte von Ecopolitics

politmonitoring: Mit dem *politmonitoring* unterstützen wir Sie dabei, die für Ihren Themenbereich relevanten Geschäfte über den gesamten politischen Prozess zu verfolgen.

politagenda: Mit der *politagenda* informieren wir Sie wöchentlich über Termine der Bundespolitik im für Sie relevanten Themenbereich.

polittraining: Im Rahmen unserer Kurse zeigen wir Ihnen die Funktionsweise des politischen Systems auf und wie Sie sich darin Gehör verschaffen.

Ecopolitics

Ecopolitics ist Partnerin von Institutionen, die sich professionell in die Politik einbringen wollen. Wir informieren über Politik, erarbeiten Analysen und Strategien und helfen Ihnen, Ihre Anliegen wirkungsvoll in die Politik einzubringen.

www.ecopolitics.ch